

NACHGEFRAGT...



... bei Jana Wulf, BDKJ-Diözesanvorsitzende im Erzbistum München und Freising.

72 Stunden Sozialeinsatz

Die katholische Jugend, der BDKJ, startet diesen Donnerstag eine dreitägige Sozialaktion. Auch im Erzbistum München und Freising sind die Jugendlichen im Einsatz. Jana Wulf (29), Diözesanvorsitzende des BDKJ, berichtet, was hinter der Aktion steckt.

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend veranstaltet vom 18. bis 21. April eine 72-Stunden-Aktion. Was steckt dahinter?

Das ist die große Sozialaktion der katholischen Jugend und findet jetzt schon zum dritten Mal statt. Auch wir im Erzbistum machen wieder mit – mit diesmal über 1600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und über 90 Aktionsgruppen.

Welche Projekte sind denn besonders spannend?

In Unterhaching veranstalten die Ministranten mit dem Asylhelferkreis als Kooperationspartner Freizeit- und Spielenachmittage für geflüchtete Kinder. Die Jugend in Grünwald wird im Seniorenheim einen Bingonachmittag anbieten. Toll, wenn junge und alte Menschen miteinander spielen! Die Firmlinge im Pfarrverband Haar bauen Seelsorgs-Bankerl, wo ab und zu Seelsorgsgespräche stattfinden sollen. Und in Miesbach saniert eine Gruppe am Kreiskrankenhaus den Waldweg. Da müssen Löcher ausbessert werden, der Weg muss vom Bewuchs befreit und Treppenstufen erneuert werden. In Bernau legt eine Schulklasse einen Fitness-Parcour an.

Sind solche Aktionen auch Startschuss für längerfristige Projekte?

Das ist unsere Hoffnung, dass über diese Aktion verschiedene Gruppen miteinander in Kontakt kommen, die Pfarrjugend und die Verbände gestärkt werden. Dass so Kooperationen entstehen – gerade auch mit den Senioren oder dem Asylhelferkreis.

War es schwierig, genügend junge Teilnehmer zu finden? Wirkt sich die Kirchenmüdigkeit auch auf den BDKJ aus?

Wir sehen in den kirchlichen Jugendverbänden tatsächlich eher noch einen Anstieg. Wir merken, dass jetzt ein guter Zeitpunkt für uns ist, nachdem durch die Coronapandemie freie Jugendarbeit nicht mehr so stattfinden konnte. Jetzt finden sich wieder Gruppen, die Lust haben, etwas anzupacken.

Bei welcher Aktion machen Sie denn mit?

Ich werde an den Tagen möglichst viele Gruppe besuchen. Wozu ich herzlich einladen kann: Wenn man in und um München an einer Aktion mitmachen möchte, kann man sich der Müll-Sammelaktion der KJG München und Freising anschließen.

Wie finde ich einen Treffpunkt?

Auf unserer Homepage www.72stunden.de muss man die Region München und Freising auswählen. Da sind die Infos zu finden.

Das Interview führte Claudia Möllers.

Anzeige

Münchens Größter Schmuck-Ankauf
ZAHN- & ALTGOLD BARANKAUF
SCHMUCK-ÜHREN Barren **6964 €**
 Juweller G. Mayer GmbH Feingold
 Karlsruherstr. 45, 80809 München
 ☎ 089/595105 **IHRE FREUNDLICHE ANKAUFSTELLE** *Preise 15.04.2024
 aktuelle Preise unter www.ankaufbayern.de - Vergleichen lohnt sich



Das Idyll trügt: In Rott am Inn gibt es seit Monaten eine große Sorge – die geplante Sammelunterkunft für Asylbewerber.

FOTOS: ROSSMANNIMAGO

Ein Dorf ringt um Asyl-Kompromiss

In Rott am Inn wird über eine große Unterkunft für Asylbewerber gestritten – wie in anderen Regionen auch. Doch in dem kleinen Dorf würde der Flüchtlingsanteil über zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen. Der Widerstand ist groß. Aber der Bürgermeister hat die Hoffnung auf einen Kompromiss noch nicht aufgegeben.

VON KATRIN WOITSCH

Rott – Eigentlich ist Daniel Wendrock ein Mann, den so schnell nichts aus der Ruhe bringt. Ein Thema treibt den parteilosen Bürgermeister von Rott am Inn im Landkreis Rosenheim aber seit Monaten um – und nicht nur ihn. „Rott rottierte“ steht auf den Bannern, die seit Herbst in dem 4000-Einwohner-Ort hängen, der für seinen prominenten Ehrenbürger Franz Josef Strauß bekannt ist. Das Dorf ist in Aufregung, weil das Landratsamt plant, in einer leer stehenden Halle im Gewerbegebiet 500 Geflüchtete unterzubringen (wir berichteten). Das wäre ein Bevölkerungsanteil von über zehn Prozent – zusätzlich zu den hundert Flüchtlingen, die Rott bereits aufgenommen hat.

Bürgermeister Wendrock hat von diesem Plan am Tag nach der Landtagswahl im Oktober erfahren. Seitdem führt er Gespräche. Im Bauausschuss, mit dem Landratsamt,



Bürgermeister Daniel Wendrock vor der Halle, in die 500 Flüchtlinge ziehen sollen.

mit dem Innenministerium – sogar Ministerpräsident Markus Söder (CSU) konnte er am Rande eines Neujahrsempfangs sprechen. Vor Kurzem kam Innenminister Joachim Herrmann (CSU) mit Vertretern der Regierung von Oberbayern nach Rott, um sich vor Ort ein Bild zu machen.

Das Gebäude, um das es geht, befindet sich im Gewerbegebiet. In der Straße gibt es eine große Spedition und einige Firmen, die Lebensmittel produzieren. Einige der Gewerbetreibenden haben Existenzängste, seit sie von den Plänen des Landratsamts wissen. Sie haben Angst, dass Flüchtlinge auf die Transporter klettern könnten, um Rott zu verlassen. Oder dass es Müllprobleme rund um die Unterkunft gegeben könnte und Ungeziefer angelockt

wird. Einige haben Angst, ihre Mieter deswegen zu verlieren – oder vor Konflikten, die ausbrechen, wenn so viele Menschen unterschiedlicher Kulturen auf engem Raum zusammen leben. Geplant sind drei Stockbetten auf sieben

„Ich fühle mich gehört. Aber ich habe Bedenken, das Taten folgen werden.“

Bürgermeister Wendrock

Quadratmetern, berichtet Klemens Seidl von der Bürgerinitiative, die sich im Herbst gegründet hat. Er würde mit seiner Frau und den zwei kleinen Kindern direkt neben der Sammelunterkunft leben. Er habe viel Zeit im Ausland und

mit anderen Kulturen verbracht, betont er. Auch viele seine Nachbarn betonen, sie seien nicht fremdenfeindlich. Rott hat in den vergangenen Jahren bereits 100 Geflüchtete aufgenommen. Sie leben in dezentralen Unterkünften, das funktioniere gut, berichtet Bürgermeister Wendrock. Es ärgert ihn, dass Rott nun als ein Dorf dasteht, das sich gegen Flüchtlinge wehrt. Denn was ihn und viele Bürger umtreibt, ist die Anzahl.

Das Landratsamt plant eine Erstunterkunft in Rott, von der aus die Menschen weiterverteilt werden sollen. Die Halle wurde der Behörde zur Miete angeboten, viele andere freistehende Immobilien gebe es nicht, hatte Landrat Otto Lederer (CSU) erklärt. In Raubling und Bruckmühl sind seit rund zwei Jahren die Turnhal-

len mit Flüchtlingen belegt, die Schulen bräuchten sie zurück.

Wendrock hat mit dem Landratsamt viele Gespräche geführt. Eine Unterkunft für 100 Menschen können er und sein Gemeinderat sich vorstellen. Für mehr würden die Kapazitäten der Kläranlage und der Wasserversorgung nicht ausreichen, erklärt er. Die Gemeinde müsste sonst die Baugebiete, die in der Entwicklung sind, stoppen. Das Landratsamt beharrt jedoch auf mindestens 250 bis 300 Plätzen, das sei nötig, um die Turnhallen leer zu kriegen, sagte gestern ein Sprecher des Landratsamtes.

Wendrock hat sich längst Rechtsbeistand geholt. Doch noch hat er die Hoffnung, dass der Streit nicht vor Gericht endet und es einen Kompromiss geben kann. Dem Innenminister hat er bei dem Besuch alle Sorgen und Argumente dargelegt. Er fühle sich gehört, sagt er. „Aber ich habe Bedenken, dass Taten folgen.“

Auch die Bürgerinitiative hofft, noch etwas bewirken zu können. In einer Online-Petition haben sie 4427 Unterschriften gesammelt und die Petition im Landtag eingereicht. Sie haben eine Internetseite www.rott-rottierte.de aufgebaut, um ihre Sorgen und Ängste zu erklären. Und sie wollen am morgigen Mittwoch beim Ludwig-Erhard-Gipfel am Tegernsee eine friedliche Demonstration abhalten. Ihr Ziel ist es, dort noch mal mit den Politikern ins Gespräch zu kommen.

Neuer Ärger um das Deutschlandticket

Finanzierung immer noch nicht gesichert – Bernreiter kritisiert seinen Kollegen Wissing

München – Die Finanzierung des Deutschlandtickets ist offenbar immer noch nicht endgültig unter Dach und Fach. Vor einer Konferenz der Verkehrsminister der Länder mahnt der bayerische Ressortchef Christian Bernreiter (CSU) den Bund ab. Zwar gebe es eine mündliche Zusage von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), dass der Bund die notwendigen Zuschüsse weiterhin gibt. Doch ein notwendiges Gesetz ist immer noch nicht in Sicht.

Die Verkehrsminister hatten im Januar getagt und damals fast euphorisch verkündet: Beim Deutschlandticket gibt es in diesem Jahr keine Preiserhöhung, es bleibt bei

49 Euro (wir berichteten). Die Länder hatten dabei auf eine Zusage des Bundes gebaut, wonach Restmittel in Höhe von 350 Millionen Euro, die für 2023 eingeplant, aber nicht verbraucht wurden, ins Jahr 2024 geschoben werden. Dafür ist aber eine Änderung des Regionalisierungsgesetzes notwendig. An und für sich eine Formsache, das Bundesverkehrsministerium müsste die Änderung anschließen. Doch bisher ist nicht einmal auf Beamtenebene ein Signal erkennbar, schimpfte Bernreiter. „Es ist frustrierend, der Bund hält seine Zusagen nicht ein.“ Er habe keine Lust, „alle drei Monate über das Ticket zu diskutie-



Christian Bernreiter
Bayerns Verkehrsminister

ren, das ist doch eigentlich ein Wahnsinn“. Falls die Einigung zwischen Bund und Ländern doch noch scheitert, würde das Ticket wohl teurer werden, sagte Bernreiter. Er nannte aber keine Zahl.

Zudem ist eine Förderung von Bussen mit E-Antrieb ungeklärt. Wie auch bei der Münchner MVG wollen zahl-

reiche Verkehrsbetriebe in Bayern mehr E-Busse kaufen. Ohne öffentliche Zuschüsse geht das offenbar nicht. Bayern hatte im vergangenen Jahr insgesamt 236 „Klimabusse“ mit insgesamt sechs Millionen Euro gefördert. 400 Busse pro Jahr sollen künftig in Bayern angeschafft werden, so Bernreiter. Doch müsse auch der Bund Geld geben. Stattdessen sei die Förderung „massiv“ gekürzt worden. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) müsse sich hier bewegen.

Letzter Punkt in der Mängelliste: die Sanierung von Schienen. Gegen die neue Strategie der Deutschen Bahn, Hochleistungskorrido-

re komplett zu sperren und dann von Grund auf zu sanieren, erhebt Bernreiter im Prinzip keine Einwände. Wie berichtet, wird auf der Strecke Nürnberg-Passau der Anfang gemacht, 2027 ist München-Rosenheim-Salzburg mit einer Komplett-Sperre dran. Allerdings sorgt sich Bernreiter um den Schienenersatzverkehr. „Vollsperrungen darf es nur geben, wenn ein sinnvoller Schienenersatzverkehr organisiert und finanziert wird.“ Auch hier geht es – neben der schwierigen Organisation, da Busfahrer fehlen – ums Geld: Der Bund dürfte da nichts auf die Länder abwälzen, warnt Bernreiter. **DIRK WALTER**

NAMENSTAG

Die Mystikerin

Bernadette Soubirous hatte 1858 in der Grotte Massabielle 18 Erscheinungen der Gottesmutter Maria. Hierdurch wurde Lourdes zu einem der bedeutendsten Marienwallfahrtsorte der Welt. Nach der letzten Erscheinung am 16. Juli 1858 versuchte Bernadette wieder wie ein normales Mädchen zu leben und sprach nie mehr über das, was sie erlebt hatte. Sie trat in ein Kloster ein. **sol**

VOR 10 JAHREN

Selbstanzeigen

In Bayern zeigen sich immer mehr Steuerhinterzieher selbst an. Von Januar bis März meldeten 2030 Bürger Kapitaleinkünfte in der Schweiz. „Wir erwarten dieses Jahr noch einen sprunghaften Anstieg der Selbstanzeigen“, sagt Finanzminister Markus Söder (CSU). Denn ab kommendem Jahr wird die Selbstanzeige deutlich verschärft. Es gibt weniger Steuerschlupflöcher.